



Presseinformation

Berlin, den 25. April 2022

Energiepreise: Familienunternehmen fahren Investitionen zurück Mehr als zwei Drittel der Betriebe auf Gas angewiesen – 14 Prozent denken über Arbeitsplatzabbau nach

Die Unternehmen in Deutschland reagieren auf die stark steigenden Energiepreise mit der Verschiebung von Investitionen. Rund 46 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie die Investitionen verringern. Nur ein kleiner Teil der Unternehmen will wegen galoppierender Energiepreise Betriebsstätten ins Ausland verlagern. Allerdings denken elf Prozent darüber nach, energieintensive Geschäftsfelder ganz aufzugeben und 14 Prozent erwägen einen Arbeitsplatzabbau in Deutschland. Das ergibt eine repräsentative Umfrage der Stiftung Familienunternehmen, die das ifo Institut erstellt hat. An der Umfrage nahmen 1100 Unternehmen teil, davon 950 Familienunternehmen. „Es kommt jetzt darauf an, dass die Politik alles unterlässt, um Unternehmen zusätzlich zu belasten. Deutschland hat in der Energiepolitik dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt – und das schon vor der jetzigen Krise. Für Strom müssen die Unternehmen beispielsweise mehr als das Doppelte zahlen als in Industrieländern mit den niedrigsten Stromkosten. Wir benötigen eine Politik, die diese Wettbewerbsverzerrung korrigiert und den Höhenflug der Energiepreise stoppt“, sagt Professor Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik.

Die Umfrage zeigt, wie sich Unternehmen auf die steigenden Energiepreise einstellen. Von der Kostenexplosion bei Energie sind 40 Prozent der Familienunternehmen schon jetzt voll betroffen. Da sich viele Unternehmen durch langfristige Lieferverträge abgesichert haben, schlägt der Preisanstieg nicht überall sofort durch. Ein Viertel der Unternehmen geben an, sie erwarten die Hauptbelastung durch höhere Energiepreise im zweiten Halbjahr dieses Jahres. Ein weiteres Viertel der befragten Firmen rechnet damit 2023. „Ob jetzt oder später – auf Familienunternehmen kommen enorme Belastungen zu. Das sollte die Politik bei allen ihren Maßnahmen immer mitbedenken. Ansonsten wird die Wirtschaft hierzulande nicht nur stagnieren“, sagt Kirchdörfer.

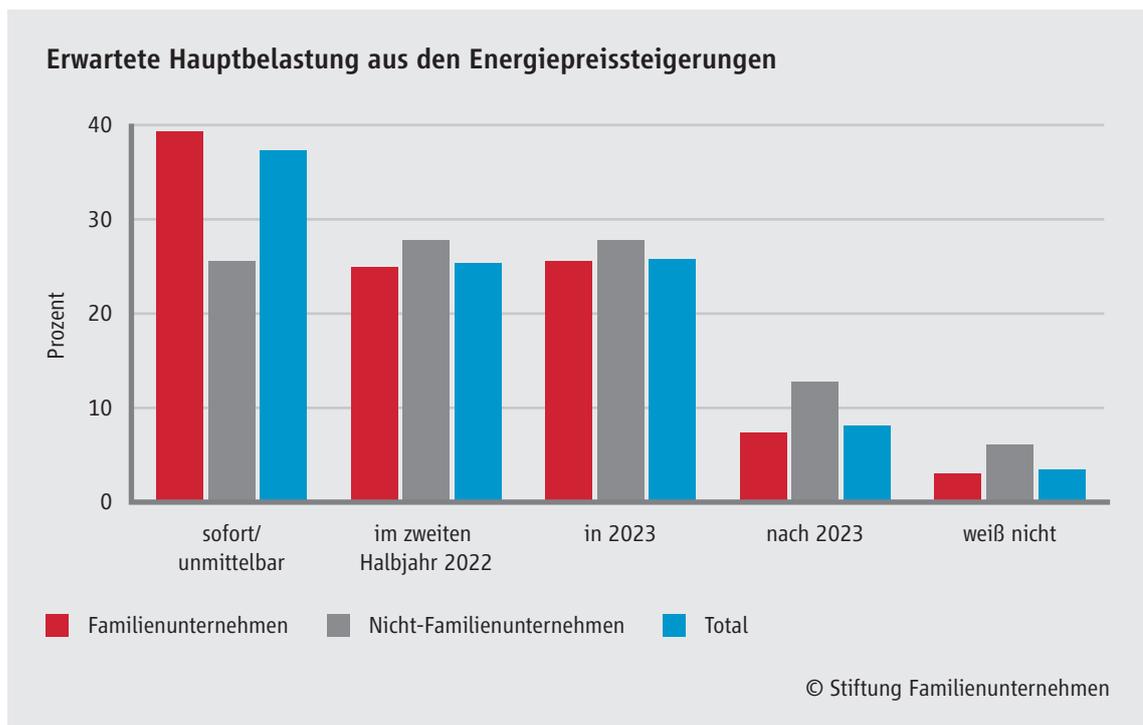
Für die Mehrzahl der Unternehmen sind Strom, Gas und Kraftstoffe die wichtigsten Energielieferanten. Rund 94 Prozent der Familienunternehmen sind auf Strom, 77 Prozent auf Gas und 67 Prozent auf Diesel und Benzin angewiesen. Der hohe Gasanteil zeigt, wie wichtig diese Energiequelle für die Produktionsprozesse von Industrieunternehmen ist.

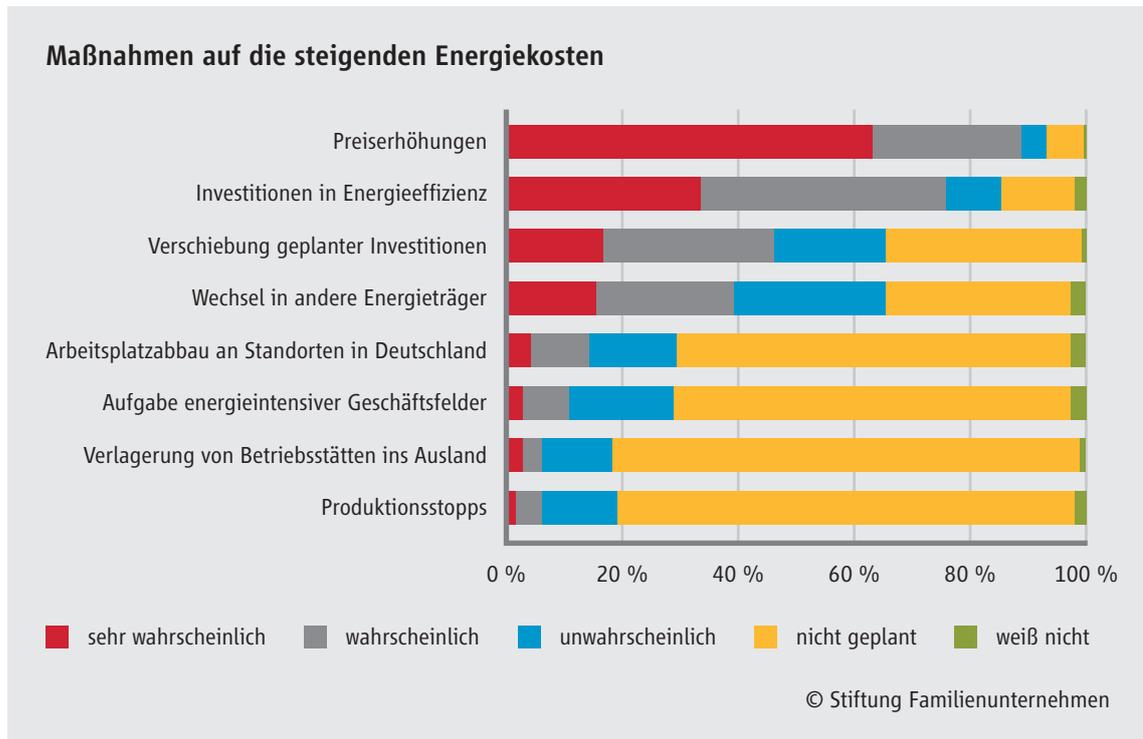
Auf die Frage nach den Gegenmaßnahmen geben knapp 90 Prozent der befragten Unternehmen an, sie müssten wahrscheinlich die Preise erhöhen. Drei Viertel der Unternehmen möchten die Investitionen in Energieeffizienz ausbauen. Rund 40 Prozent der Unternehmen beschäftigen sich mit einem Wechsel zu anderen Energieträgern. Produktionsstopps oder Verlagerungen von Betriebsstätten ins Ausland halten nur etwa sechs Prozent der befragten Unternehmen für wahrscheinlich.



Einigkeit herrscht unter den Unternehmen darüber, dass die Politik dringend Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten ergreifen soll. Das sagen mehr als drei Viertel der Unternehmen. Hohe Zustimmung erhält die von der Bundesregierung beschlossene Abschaffung der EEG-Umlage. Weitergehende Maßnahmen werden gefordert: so zum Beispiel die Senkung der Steuerbelastung auf Strom und der Verzicht auf weitere Erhöhungen des CO₂-Preises. Viele Unternehmen sprechen sich für die Einführung eines vergünstigten Industriestrompreises aus.

Die Versorgung mit Energie bezeichnet 60 Prozent der befragten Unternehmen als zuverlässig. Mehr als ein Zehntel hält die Versorgungssicherheit bereits für eingeschränkt. Um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu erhöhen, plädieren knapp 70 Prozent der Unternehmen für die Einführung eines globalen CO₂-Preises. Dies würde die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen gleichmäßig verteilen. Ein Drittel wünscht sich die Begrenzung der Energiekosten für Unternehmen durch staatliche Maßnahmen.





Die **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ist die fachliche Autorität in allen Belangen der Familienunternehmen und der zentrale Ansprechpartner für Politik und Medien.

Weitere Informationen:

Roland Pichler
Leiter Haus des Familienunternehmens
Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6a
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 226 052 915
Fax: +49 (0) 30 226 052 929
pichler@familienunternehmen-politik.de
www.familienunternehmen-politik.de